V17-024-2 Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Maximilian Fries (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu V17

Von Zeile 24 bis 33:
Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht.

~~Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren.~~
Hinzu kommen noch weitere Bedarfe für die Ausweitung von Naturschutzgebieten.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Klima- und Artenschutz zum Teil beschränkende Maßnahmen erfordert, wie beispielsweise das Verbot von Neuzulassungen für Verbrenner und die Bepreisung von CO2 Ausstoß. Daher können sie dauerhaft nur mit zumindest breiter Zustimmung der Bevölkerung eingeführt und aufrechterhalten werden. Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich zwar mehr Klima- und Artenschutz stimmt aber sodann keinen Maßnahmen zu, die sie persönlich belasten. Dies ist vor dem Hintergrund, dass die arbeitende Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren kaum Reallohngewinne verzeichnet hat, für weite Teile der Bevölkerung auch zutiefst verständlich. Vor diesem Hintergrund ist für uns klar: Wir werden Klimaneutralität und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen nur erreichen, wenn der Übergang gerecht gestaltet ist. Im Zentrum dieser Überlegung steht deshalb unsere Forderungen nach der Einführung eines entlastenden Klimageldes noch in dieser Legislaturperiode.

Außerdem haben wir einen enormen Investitionsbedarf in Infrastruktur: Ob Brücken, Schulen oder Glasfasernetz. Deutschland hat sich kaputt gespart. Infrastruktur ist die Grundlage für Wohlstand und für die Demokratie. Eine Studie des Kiel Instituts für Weltwirtschaft zeigt, dass der Stimmanteil rechtspopulistischer Parteien durch regionale Investitionen wirksam gesenkt werden kann und das Vertrauen in demokratische Institutionen erhöht wird. Andere Studien zeigen auf, dass eine Sparpolitik zu einem Vertrauensverlust in Demokratie führt, welche rechte Parteien für sich ausnutzen.

Die USA zeigen, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Gerade jetzt sind Einsparungen im Vollzug des laufenden Haushalts sowie in den anstehenden Haushaltsverhandlungen nicht der richtige Weg, um Investitionen zu finanzieren. Selbstverständlich drängen wir jedoch weiterhin auf den Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Lilli Hampeter (KV Düsseldorf); Amina Machac (LV Grüne Jugend NRW); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Rainald Haagen (KV Düsseldorf); Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf); Ole Schillmüller (KV Düsseldorf); Franziska Drozdzynski (KV Düsseldorf); Christian Dortschy (KV Düsseldorf); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Anne-Kristina Zippel (KV Düsseldorf); Burkhard Fröhlich (KV Düsseldorf); Paul Rainer Pansky (KV Düsseldorf)